



Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz

Am 1. Juli 2021 trat das neue Kita-Gesetz von RLP in Kraft. Nach bald fünf Jahren Erprobung in der Kita-Praxis halten wir Anpassungen und Ergänzungen für dringend geboten.

Wie wird die künftige Kita-Politik des Landes aussehen? Wir haben einige Fragen zusammengestellt, und möchten nachhaken, welchen Stellenwert frühkindliche Bildung, Förderung und eine bedarfs- sowie kindgerechte Betreuung für die zur Wahl stehenden Parteien haben. Uns interessiert, wie die konkreten Pläne für ein bedarfs- und kindgerechtes Kita-System in der kommenden Legislaturperiode aussehen.

1. Personalisierung

Die Fachkraft-Kind-Relation in rheinland-pfälzischen Kitas entspricht nicht den fachlichen Empfehlungen. Im aktuellen Bertelsmann-Ländervergleich liegt RLP in Bezug auf Personalschlüssel auf dem letzten Platz der westdeutschen Bundesländer (Siehe Grafik unten).

Das rheinland-pfälzische Kita-Gesetz unterscheidet Personalquoten für U2 und Ü2. Kinder unter drei Jahren sind Kleinkinder mit entsprechendem Betreuungsaufwand. Fachlich gesehen, macht es daher Sinn, Personalquoten für U3 und Ü3 Kinder festzulegen, was in vielen Bundesländern gängige Praxis ist.

- Welche konkreten Pläne hat Ihre Partei, um die Personalschlüssel zu verbessern und sich damit den fachlichen Empfehlungen anzunähern?

Grundsätzlich wollen wir für die Kitas kleinere Gruppen, eine bessere personelle Ausstattung und eine Ausbildungsoffensive. Vor allem wollen wir eine bessere Begleitung der Kinder am Übergang von der Kita zur Grundschule. Idealerweise

wollen wir, das gibt es in anderen europäischen Ländern schon, eine verpflichtendes Vorschuljahr (Klasse 0), das allerdings aus verfassungsrechtlichen Gründen an den Grundschulen und nicht an den Kitas angedockt ist.

Wir brauchen, also eine bessere Ausstattung für die Kitas, vor allem, wie von Ihnen angesprochen, muss die Fachkraft-Kind-Relation verbessert werden. In der Praxis stehen dem zwei Hindernisse entgegen: Die knappen Finanzen zum einen und zum anderen die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt die dafür erforderlichen, gut qualifizierten Kräfte, nicht in ausreichender Zahl bieten. Das sprechen Sie ja selbst an. Für den Fall einer Regierungsbeteiligung können wir natürlich nicht versprechen, dass wir alle die von Ihnen angeführten Punkte zu Ihrer Zufriedenheit abarbeiten können. Was wir aber tun können, ist unter Hinzuziehen von Praktikern die Situation offen und vor allem unideologisch zu analysieren. Die Ergebnisse müssen dann in die Beratungen zum Doppelhaushalt 2027/28 einfließen. Auch für uns ist klar: Die Kita-Zeit ist für Kinder entscheidend. Wird hier nicht investiert, werden perspektivisch die Probleme an den Schulen größer. Stichwort: Schulfähigkeit. Das können wir uns nicht leisten, wenn wir auf Dauer unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Standards halten wollen.

- Wie stehen Sie zu der Regelung, Kleinkinder ab zwei Jahren schlechter zu personalisieren als Kinder unter zwei Jahren? Wird Ihre Partei an dieser Regelung etwas ändern?

Eine Partei kann ja selbst nichts ändern, sie kann nur Vorschläge machen und über ihre Fraktion in die Parlamente, in diesem Fall den Landtag, einbringen. Für uns FREIE WÄHLER wäre deshalb eine Regierungsbeteiligung besser, um aktiv gestalten zu können. Was die Personalisierung betrifft, darf es in Kitas keine Benachteiligung nach Altersgruppen geben. Gerade die letzten beiden Jahren vor dem Übergang in die Schule sind prägend. Man kann in diesem Bereich nicht sparen. Das Stichwort Schulfähigkeit haben wir ja bereits erwähnt. Es ist illusorisch, angesichts des gravierenden gesellschaftlichen Wandels ausgerechnet hier sparen zu wollen. Am Ende wird uns allen die Rechnung präsentiert. Wir können uns nicht leisten, schon in den Kitas künftige Sozialfälle zu produzieren.

2. Fachkräftemangel

In den vergangenen Jahren hat Rheinland-Pfalz die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Erzieher/Erzieherinnen erhöht und die praxisintegrierte vergütete Form der Ausbildung gestärkt. Trotzdem fehlen weiterhin viele Fachkräfte. Außerdem werden in den nächsten Jahren viele Fachkräfte der sogenannten Baby-Boomer Generation in Rente gehen. Durch den Mangel an Fachkräften sinken die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen. Dadurch entstehen große Problematiken auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsweg der jungen Menschen.

- Wie wollen Sie in den kommenden Jahren genügend gut qualifizierte Fachkräfte für die Kitas gewinnen und sichern?

Wir müssen verstärkt in die weiterführenden Schulen rein, besonders in die Klassen am Ende der Sekundarstufe 2, und über alle Möglichkeiten im Bereich Erziehung informieren. Wir müssen dabei das Rad nicht neu erfinden. Bekanntlich gab es im Bereich Berufsinformation an weiterführenden Schulen in jüngerer Vergangenheit deutliche Verbesserungen. Wir müssen also schauen, wo wir nachjustieren können.

Es ist aber auch klar, dass die beste Berufsinformation nichts bringt, wenn ein Beruf für Interessenten nicht attraktiv genug ist. Stimmt die Bezahlung? Stimmen die Rahmenbedingungen? Wie kann der Beruf des Erziehers familienfreundlicher gestaltet werden? Das sind einige von vielen Punkten, die mit den Vertretern der Praktiker in den Kitas besprochen werden müssen. Es wäre aber unseriös, schon jetzt verbindliche Zusagen zu machen. Die finanzielle Lage von Ländern und Kommunen war schon einmal besser.

- Wie ist Ihre Einstellung gegenüber dem prozentualen Anteil von Nichtfachkräften in der Kindertagesbetreuung?

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Arbeit in Kita in die Hände von professionellen und gut ausgebildeten Fachkräften gehört. Es kann deshalb nicht das Ziel sein, schon von vornherein Nichtfachkräfte einzubinden oder sogar Quoten festzulegen. Wir wollen doch das System besser machen und nicht schwächen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass gerade im Bereich Kita der Fachkräftemangel groß ist. Deswegen kann es sinnvoller sein, punktuell Nichtfachkräfte einzusetzen, vor allem dann, wenn die Interessenten selbst Kinder haben. Die Entscheidung darüber muss aber direkt in den Kitas oder bei den Trägern getroffen werden. Dabei ist wichtig, genau zu prüfen, ob Interessenten für den anspruchsvollen Job überhaupt geeignet sind. Es kann nicht sein, dass der Einsatz von Nichtfachkräften zu einem Sparmodell verkommt, das auf Niedriglöhner setzt. Wir erinnern auch daran, dass auch für Fachkräfte aus finanzieller Sicht die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

- Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der geplanten Veränderung der Ausbildungsform zum Sozialassistenten und Erzieher?

Das Modell Sozialassistent war Thema in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses der alten Legislaturperiode (15. Januar). Minister Teuber hat dabei darauf hingewiesen, dass das Interesse von jungen Menschen am Sozialassistenten sehr groß ist. Auch wir empfinden das Modell des Sozialassistenten als sinnvoll, gerade für diejenigen, die nicht unbedingt die mittlere Reife oder das Abitur anstreben. Wichtig ist aber, dass es nach dem erleichterten Einstieg für junge Leute mit geeigneten Weiterbildungsangeboten weitergehen muss, damit auch sie gute Chancen haben, sich beruflich weiterentwickeln und als (gegebenenfalls spezialisierte) Erzieher weiterarbeiten können. Wir FREIE WÄHLER begrüßen grundsätzlich die Durchlässigkeit des rheinland-pfälzischen Bildungssystems, die in den vergangenen Jahren Zug um Zug realisiert wurde. Die Möglichkeit, Ziele über Umwege bzw. Alternativangebote zu erreichen, ist ein wichtiges Angebot, um Chancengleichheit herzustellen, die nicht nur auf dem Papier steht.

3. Inklusion

Kitas haben den hohen Anspruch zu erfüllen, dass jedes Kind – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft-, Nationalität, weltanschaulicher und religiöser Zugehörigkeit, Behinderung, sozialer und ökonomischer Situation seiner Familie und seiner individuellen Fähigkeiten – gefördert wird. Das bedeutet demnach, dass jede Kita, was Räumlichkeiten, Ausbildung der Fachkräfte und Ausstattung betrifft, über adäquate Ressourcen verfügen muss, damit allen Kindern Teilhabe ermöglicht wird.

- Wie wird Ihre Partei konkret die Kitas bei der Bewältigung dieser enormen Aufgabe unterstützen und begleiten, bzw. die benötigten personellen und räumlichen Ressourcen in den Einrichtungen zur Verfügung stellen?

Wer hohe Anforderungen an Kitas und Schulen stellt, muss auch dafür sorgen, dass die personelle und die finanzielle Ausstattung stimmt. Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden wir genau darauf schauen, ob diese Voraussetzungen dafür stimmen und gegebenenfalls nachjustieren.

- In welcher Weise engagieren Sie sich für das Thema inklusive Bildung und Teilhabe auf Bundes- Lande- und kommunaler Ebene?

Wir sagen „ja“ zur Inklusion, aber nicht um jeden Preis. Es kann nicht sein, dass Pädagogen in Kitas und Schulen immer wieder mit zusätzlichen Aufgaben zugeschüttet werden. Das sorgt für Verdruss und sorgt womöglich sogar dafür, dass eigentlich dringend benötigten Fachkräfte aussteigen und den Beruf wechseln. Wir FREIE WÄHLER haben den Eindruck, dass „Inklusion“ als Deckmäntelchen genutzt wird, um an bewährten Fördereinrichtungen und Förderschulen mit dem Ziel gespart wird, sie am Ende stark einzuschränken oder sogar aufzulösen. Klar ist, dass jedes Kind die Chance haben sollte, eine „reguläre“ Einrichtung zu besuchen. Nicht jedes Kind ist gleich, nicht mit jedem Kind hat es das Schicksal gut gemeint. Um die Betroffenen müssen wir uns weiterhin in besonderen Einrichtungen mit speziell ausgebildeten Fachkräften leisten können. Das ist eine der Mindestanforderungen an eine humane, soziale Gesellschaft. Wir FREIE WÄHLER werden also nicht mit pauschalen Forderungen „in die Bütt“ gehen, das überlassen wir anderen. Wir werden stattdessen besondere Anforderungen und Bedürfnisse im Blick haben. Mit Ideologie allein kann man keine Probleme lösen.

- Wie sorgen Sie dafür, dass der Übergang in den Bereich des SGB VIII in den Kommunen und bei den Trägern gut verläuft, bzw. wird es überhaupt ratifiziert?

Sie sprechen den Zeitraum ab 2028 an. Grundsätzlich ist das Ziel, einen barrierefreien Zugang zu Leistungen aus einer Hand zu schaffen und multiprofessionelle Teams zu bilden, eine gute Sache. Die Praxis ist jedoch eine andere. In den vergangenen Jahren wurde vieles auf die Träger, vor allem im kommunalen Bereich, abgeladen. So hat die Kita-Platz-Garantie gerade für kleine Gemeinden in der Fläche die finanziellen Spielräume weiter eingeschränkt. In der Praxis muss also viel improvisiert werden, wobei aber gesagt werden muss, dass Inklusion gerade im ländlichen Raum gut funktionieren kann, weil dort das Gemeinschaftsgefühl und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement größer ist als im urbanen Raum. Sie sehen: Auch hier hängt vieles vom Einzelfall ab, eine pauschale Antwort auf Ihre Frage ist kaum möglich. Wir erinnern in diesem Zusammenhang allerdings, dass Deutschland sich über die ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention bereits 2009 zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe verpflichtet hat. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass eine medienwirksame Konvention wenig bringt. Dem stehen die personellen und finanziellen Realitäten entgegen. Wir wissen ja alle, dass auch in Sachen Kita-Infrastruktur einiges getan werden muss. Und da erhalten die Träger eben in der Regel nicht die Unterstützung, die sie eigentlich bräuchten.

4. Leitungsdeputate

Das KiTa- Gesetz legt erstmalig ein Mindestniveau für Leitungsdeputate fest, das bei weitem nicht ausreichend ist. Kita-Leitungen haben zu wenig Zeit für die vielfältigen Aufgaben, die sie leisten müssen. In Schulen unterstützen zusätzliche Verwaltungskräfte die Schulleitungen. In Kitas ist das nicht der Fall.

- Welche Lösungen streben Sie an, um das Niveau der Leitungsdeputate anzuheben? Wie wollen Sie langfristig ein angemessenes Niveau nach fachlichen Empfehlungen sichern?

Grundsätzlich ist es so, dass die Zeit, die Fachkräfte mit Leitungsfunktion für die Verwaltung aufbringen, angemessen berücksichtigt werden muss. Es kann nicht sein, dass es de facto eine Überstundenpflicht gibt. Eine heilsbringende Universallösung gibt es jedoch nicht. Fakt ist, dass seit Jahren überall von Bürokratieabbau gesprochen wird, in Wahrheit aber immer mehr Bürokratie aufgebaut wird, was vor allem am Überwachungs- und Dokumentationswahn übergeordneter Stellen liegt. Seit Jahrzehnten steuern wir hier in die falsche Richtung – zu Lasten der Kinder und auf Kosten der Gesundheit der Kinder. Was wir brauchen, ist ein Rückbau der Bürokratie auf breiter Front. Erst dann können wir vernünftig über Leitungsdeputate sprechen. Es kann doch nicht sein, dass Kita-Leitungen, also pädagogisch sehr gut ausgebildete Fachkräfte, zu „Schreibtischtätern“ transformiert werden. Wir meinen: Alles muss auf den Prüfstand – inklusive der vermeintlichen Segnungen der Digitalisierung.

- Wie steht Ihre Partei dazu, im Kita-Gesetz zusätzliche Deputate für Verwaltungskräfte zu verankern, die nicht gleichzeitig das vorhandene Leitungsdeputat reduzieren?

Im Kita-Gesetz zusätzliche Deputate für Verwaltungskräfte zu verankern, halten wir für den falschen Weg. Wenn überhaupt zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, müssen wir das Geld doch für zusätzliche Fachkräfte ausgeben, die sich direkt um die Kinder kümmern – und nicht für hauptamtliche Verwalter.

- Wie werden stellvertretende Leitungen unterstützt sich entsprechend ihrer Aufgaben zu qualifizieren und welche zeitlichen Ressourcen würden Sie stellvertretenden Leitungskräften zur Verfügung stellen?

Eine pauschale Aussage ist aufgrund der oben genannten Punkte nicht möglich. Wir brauchen gerade im Bereich Erziehung eine generelle Entschlackung von Verwaltungsstrukturen.

5. Verbindliche Verfügungszeiten für Kita-Fachkräfte

Die Bildungseinrichtung Schule hat für ihre Lehrkräfte konkrete Deputate für mittelbare Arbeitszeiten festgelegt. Für die Bildungseinrichtung Kita gibt es dagegen diesbezüglich keine ausreichend verbindliche Regelung. (siehe TVöD - BT-V - Anlage zu § 56 §3 Beschäftigte im Erziehungsdienst)

- Werden Sie Verfügungszeiten nach fachlichen Empfehlungen zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich verankern?

Wir allein können gesetzlich gar nichts verankern. Dazu gibt es Gremien und am Ende Mehrheitsentscheidungen im Landtag. Deswegen können ist es wenig sinnvoll, große Ankündigungen zu machen. Was wir jedoch tun können, ist, uns mit Vertretern der Erzieher an einen Tisch zu setzen, um gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu starten. Grundsätzlich ist es so, dass mittelbare Arbeitszeiten nach berücksichtigt werden müssen und ggf. zumindest eine pauschale Stundenzahl berücksichtigt werden muss. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass sich aus Lücken in der Gesetzgebung de facto eine Überstundenpflicht gibt.

- Werden Sie Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigenden gesetzlich verankern?

Wir FREIE WÄHLER stehen für eine Förderung der Sprachkompetenz in Kitas und Schulen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen haben dafür gesorgt, dass aktuell einiges im Argen liegt. Deswegen sind wir grundsätzlich für eine gesetzliche Regelung der Details offen. Es kann aber nicht sein, dass über detaillierte gesetzliche Regelung ein weiteres Bürokratiemonster geschaffen wird, das für Kitas und Schulen neue unerfüllbare Verpflichtungen aufgebaut werden. Wir meinen auch, dass Quereinsteiger, die sich in der Sprachförderung engagieren wollen, direkt am individuellen Bedarf der Kitas eingeführt werden sollten. Da reicht ein kleiner Leitfaden, wir brauchen dazu kein Gesetz.

- Wie würden Sie Fortbildungszeiten besser verankern?

Grundsätzlich sind Fortbildungszeiten als Dienstzeit zu behandeln. Zudem gibt es noch das Bildungsfreistellungsgesetz Rheinland-Pfalz. Wir sehen deshalb keinen Handlungsbedarf, eine Gesetzesinitiative zu starten. Wir stehen für Bürokratieabbau, nicht für Gesetze, die die Praxis blockieren. Die Forderung, Mitarbeitern darüber hinaus weitere Spielräume zu geben, ist angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Realitäten in Deutschland unrealistisch.

6. Räumliche Situation in den Kitas

Die durchgehende Betreuung aller Kinder bringt neue räumliche Anforderungen mit sich. Die fachlichen Mindestempfehlungen fordern, dass pro Kind mindestens 6qm in den päd. genutzten Innenräumen und 10-15 qm im Außengelände zur Verfügung stehen müssen. Daneben sind Pausenräume und Besprechungsräume für das Personal und die Elternarbeit unverzichtbar. Die räumliche Ausstattung vieler Kitas entspricht nicht den fachlich empfohlenen Mindeststandards. (Siehe: „Qualität für alle: Wissenschaftlich begründete Standards für die Kindertagesbetreuung“)

- Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei Kommunen und Kita-Träger in den kommenden Jahren unterstützen, um Kitas für die ganztägige Betreuung gut auszustatten und entwicklungsförderliche räumliche Bedingungen zu etablieren?
- Wie wird die Fachpraxis als zukünftig Nutzende in die Planung von Kitas mit einbezogen?

Bei diesen Punkten gilt: Konkrete Maßnahmen müssen entwickelt werden. Wir brauchen eine aktuelle und flächendeckende Bestandsaufnahme, um die Kitas herauszufiltern, an denen akuter Handlungsbedarf besteht. Es ist ja nicht so, dass in den vergangenen Jahren nichts für die Kita-Infrastruktur getan wurde. Allerdings ist

einiges liegen geblieben, das müssen wir herausarbeiten. Das gilt natürlich auch bei Mängeln an Neubauten, deren Behebung natürlich keine Priorität haben können. Klar ist, dass dieses Ziel nicht ohne Beteiligung der Fachverbände und der betroffenen Eltern erreicht werden kann. Grundsätzlich haben wir ja das gute Modell der Bürgerbeteiligung bei Neubauprojekten. Vielleicht ist es möglich, daraus ein Modell zu entwickeln, um die Probleme herauszuarbeiten und zumindest mittelfristig zu lösen. Wir verweisen darauf, dass ein wichtiger Schlüssel eine konstant bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land ist. In den vergangenen Jahren hat sich oft gezeigt, dass gerade kommunale Träger bei Neubauprojekten vom Land nicht in dem Maß unterstützt werden, wie es eigentlich wünschenswert wäre.

7. Aus- Fort- und Weiterbildungen /Fachberatung /Trägerqualität

Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist seit vielen Jahren unumstritten. Gleichzeitig kommen alle gesellschaftlichen Herausforderungen in den Einrichtungen an. Neben der an wissenschaftlichen Forderungen ausgerichteten Personal-Kind-Relation sind Fachberatung und Fortbildung für die Erfüllung der Aufgaben unverzichtbar. Auch für Träger wird es zunehmend bedeutsam, sich zu professionalisieren.

- Wie würden Sie das Feld der Fachberatung stärken und standardisieren?

Bevor wir über Geld und Personal sprechen, müssen wir erst einmal die Fachberatung selbst auf den Prüfstand stellen – und damit auch die Eignung der Fachberater. Eine zentrale Frage ist für uns: Erfolgt die Beratung wirklich neutral oder wird eine bestimmte Agenda verfolgt? In diesem Falle wäre eine Standardisierung verhängnisvoll. Der Verweis auf wissenschaftliche Forderungen und den erforderlichen Ausbau der frühkindlichen Bildung reicht nicht aus.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Wissenschaft nicht zwangsläufig neutral ist. Politische Mitbewerber kommunizieren ja ganz offen, dass sie auch die Herrschaft über die Kinderzimmer haben wollen. Das machen wir als FREIE WÄHLER nicht mit. Wir stehen für eine starke Familie und nicht für eine Ausbreitung der „Brerateritis“. Das heißt aber nicht, dass wir uns grundsätzlich gegen eine Stärkung von Beratungsstellen aussprechen. Wenn dies aus rein fachlicher Sicht sinnvoll ist, müssen wir reden. Was wir aber nicht mitmachen, dass unter dem Deckmantel „Professionalisierung“ weitere Stellen für Ideologen aus dem Elfenbeinturm geschaffen werden. Wir brauchen wirkliche Experten mit einem reichen Erfahrungsschatz aus der Praxis.

- Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe. Kernpunkt der Trägerverantwortung ist die Sicherstellung des Kindeswohls in der Einrichtung. Aktuell ist für die Übernahme dieser betriebserlaubnisrelevanten Aufgabe keine Qualifizierung notwendig. Wie wollen Sie diese Situation verändern?

Um diese Frage beantworten können, brauchen wir eine realistische Darstellung/Analyse aus Sicht der Fach- und Genehmigungsbehörden – und natürlich auch der Berufsverbände. Wenn es akuten Handlungsbedarf gibt, werden wir uns einer Reform nicht widersetzen. Dafür müssen wir aber zunächst

aus der Praxis wissen, was Konkret im Argen liegt. Eine Antwort mit Allgemeinplätzen hilft Ihnen da wenig weiter.

- Was sind Ihre Vorstellung zur landesweiten, verbindlichen Sicherstellung pädagogischer Qualität in Rheinland-Pfälzischen Kindertageseinrichtungen? (z.B. interne und externe Evaluationen).

Auch hier bedarf es einer gezielten Recherche und Analyse der Gegebenheiten – gern mit Beteiligung der Fachverbände. Erst dann können sinnvolle Instrumente einer Evaluation entwickeln. Wichtig ist, nicht zu viele Instrumente zu schaffen, sonst dreht sich alles um die Dokumentation für eine erfolgreiche Evaluation – und damit für mehr Bürokratie. Übrigens: Eine Evaluation/Zertifizierung pädagogischer Qualität schützt nicht vor Missständen. Wie sonst wären (die zugegebenermaßen seltenen) Übergriffe auf Kita-Kinder zu erklären?

- Wie können aus Ihrer Sicht eine größere Transparenz und eine haushälterische Sicherstellung eine gezieltere Verwendung beim Fortbildungsbudget in den Einrichtungen geschaffen werden?

Auch hier ist keine pauschale Aussage möglich. Grundsätzlich muss es einheitliche Vorgaben für die Verwendung von Fortbildungsbudgets geben. Das führt automatisch zu mehr Transparenz. Ein Beispiel aus der politischen Arbeit: Der Landesrechnungshof hat ganz klare Vorstellung, was für Fraktionen geht und was nicht – und wie eingesetzte Mittel vernünftig deklariert werden.

8. Sozialraumbudget

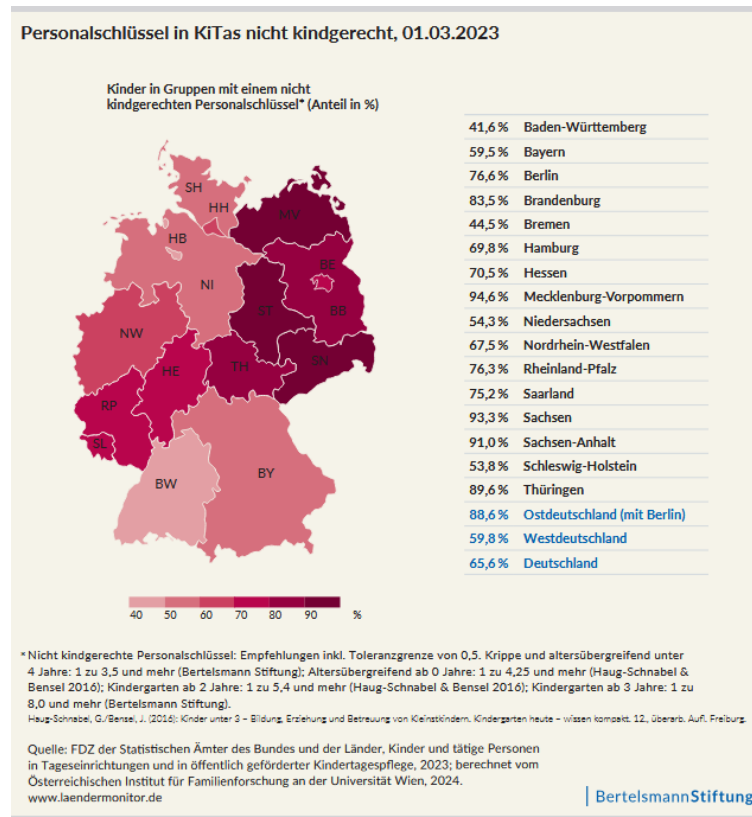
Ein Teil des Sozialraumbudgets wird für BE-relevantes Personal verwendet. Dadurch stehen der Kita-Sozialarbeit weniger Mittel zur Verfügung. Betriebserlaubnisrelevantes Personal sollte nicht zu Lasten des Sozialraumbudgets verwendet werden.

- Wie positioniert sich Ihre Partei zu dieser Problematik?
- Wie finden unterschiedliche Voraussetzungen der Kitas Beachtung bei der BE-Planung? (z.B. Bustransport)

Sie zeigen es in Ihrem Anhang ja selbst: Die Bertelsmann-Stiftung hat ja herausgearbeitet, dass Rheinland-Pfalz beim kindgerechten Personalschlüssel nicht sonderlich gut aussieht. Bevor wir an die Details gehen, müssen wir doch erstmal grundsätzlich an die Frage der Finanzierung und Personalausstattung sprechen, dann können wir mit den Details weitermachen. Grundsätzlich sind wir natürlich dagegen, im Zuge der Mangelverwaltung Budgets hin- und herzuschieben, frei nach dem Motto „dann passt es irgendwie“.

Unbestritten ist, dass die Arbeit in sozialen Brennpunkten besonders aufwändig und schwer ist. Und leider ist es so, dass die Anforderungen an die Fachkräfte weiterhin erheblich steigen werden. Es kann nicht sein, dass sie im Regen stehen gelassen werden, indem Sozialraumbudgets an anderer Stelle eingesetzt werden. Die Sozialraumbudgets müssen unangetastet bleiben, gerade in sozialen Brennpunkten ist die Pflege von zusätzlichen Angeboten und Netzwerken elementar, um eine weitere Stärkung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Anhang:



Fachliche Empfehlung zu Personalausstattung und Räumlichkeiten:

Qualität für alle: Wissenschaftlich begründete Standards für die Kindertagesbetreuung:

https://www.bildungsserver.de/onlineressource.html?onlineressourcen_id=59396